Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 25, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 178. Sonnabend den 27. Juni 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 28. Juni, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Infolge des Erneuerungsbaues der Thomaskirche muß dieselbe einstweilen für den sonntäglichen Gottesdienst geschlossen werden, und es haben daher **von Sonntag, den 28. dieses Monats ab** bis auf Weiteres **in der Nicolaikirche** an jedem Sonntag-Vormittage je zwei Hauptgottesdienste mit Beichte und Communion, von welchen abwechselnd der eine der Nicolai- und der andere der Thomas-Gemeinde zukommt, um 8 Uhr und um 10 Uhr stattzufinden, sowie an den sonntäglichen Abendgottesdiensten um 6 Uhr diese zwei Gemeinden alternirend theilzunehmen.

Ferner werden die Thomas-Wochencommunion, die Sonnabendsmotetten und die Motettenproben sortan in der **Nicolaikirche** zu den hergebrachten Zeiten, und die Kirchenmusiken sonntäglich in dem 10-Uhr-Gottesdienste stattfinden.

Für die Amtshandlungen der Taufen und Trauungen — soweit diese nicht in dem neuerbauten Beichthause der Thomaskirche vorgenommen werden können — und für Abhaltung des Kindergottesdienstes, welcher übrigens vom nächsten Sonntag ab bis Ende August dieses Jahres ausfällt, ist die **Paulinerkirche** in Aussicht genommen, und wird hierüber noch besondere Bekanntmachung erfolgen.

Leipzig, den 25. Juni 1885.

Die Kircheninspection.

Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
Pank. Dr. Georgi. Wilisch, Rp.

Bekanntmachung.

Wegen Asphaltirung der Grimmaischen Straße, wobei ein Theil des für Marktstände bestimmten Platzes zur Ablagerung von Material gebraucht wird, werden von **Sonnabend, den 27. d. Mts. ab** die **Marktstände der Obsthändler** bis auf Weiteres auf den Fleischerplatz verlegt.

Auch wird von gedachtem Tage ab der gegenwärtig auf dem **Thomaskirchhofe** stattfindende **Obstmarkt** auf die Dauer der Obstzeit auf dem **Fleischerplatze** abgehalten.

Leipzig, am 24. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Die **öffentlichen Prüfungen der Hebammen-Schülerinnen** finden Sonnabend, den 27., und Dienstag, den 30. Juni, jedesmal von 3—5 Uhr im Hörsaale des Trier'schen Institutes, Grimmaischer Steinweg Nr. 12, statt.

Professor Dr. Credé.

Gewerbekammer—Leipzig.

Montag, den 29. d. Nachmittags 5 Uhr
Oeffentliche Plenarsitzung im Kammerlocale.
Tagesordnung:
1) Mittheilungen aus der Registrande.
2) Geforderte Gutachten:
   a. über das Gesuch einer Anzahl hiesiger Innungen um Verleihung des aus §. 100e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung entspringenden Rechtes;
   b. über die nachgesuchte Errichtung einer zweiten Schneider-Innung hierselbst.

Leipzig, den 26. Juni 1885.

D. A. Oehler, Vors. Herzog, S.

Auf Antrag der **Döring'schen Erben** und des Mitbesitzers **Ludwig Dillinger** soll
am 27. d. Mts., Vormittags 11 Uhr,
das auf dem Folium 2768 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig eingetragene Hausgrundstück, Nr. 364 des Brandcatasters, Abtheilung B, und Nr. 19 der Bayrischen Straße, unter den im Termin bekannt zu machenden und schon vorher aus dem Anschlage am Gerichtsbrette zu ersehenden Bedingungen freiwillig an unterzeichneter Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 80 — versteigert werden.

Diejenigen, welche das bezeichnete Grundstück ersteben wollen, werden eingeladen, zu der gedachten Zeit und an dem angegebenen Orte sich einzufinden, und der Versteigerung gewärtig zu sein.

Leipzig, am 5. Juni 1885.

Das königl. Amtsgericht, Abtheilung V., Section 1.
Mannsfeld.

Aufgebot.

Der Schieferdeckermeister **Karl Neumeister** in **Leipzig** hat das Aufgebot der Stammacie der Thüringischen Eisenbahngesellschaft Lit. A. Nr. 54,430 über 100 Thaler = 300 ℳ beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf
den 30. December 1885, Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 58, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Erfurt, den 24. Juni 1885.

Königliches Amtsgericht Abth. VIII.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wahlbewegung in Frankreich.

Frankreich steht vor den Wahlen, durch welche die gesetzgebenden Körperschaften erneuert werden sollen. Gambetta's Wunsch, die Listenwahl wieder einzuführen, ist jetzt erfüllt worden, und die Mitglieder der Familien, welche einst über Frankreich geherrscht haben, sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Man wollte auf diesem Wege die Gefahren vermeiden, welche der Republik drohen, indem man das Parlament von dem Einfluß der Persönlichkeiten unabhängig machte, welche durch ihre Abkunft sich berufen fühlen könnten, die Monarchie wieder herzustellen, und auf der anderen Seite den Führern der republikanischen Partei die Leitung der Wahlen überließ. Die Listenwahlen fördern die Zwecke der Führer, weil sie ihnen die Möglichkeit gewähren, die Wahlen sogleich für das ganze Departement in der ihnen gut scheinenden Weise zu organisiren. Die Liste der Candidaten kann nicht von den Wählern aufgestellt werden, das kann nur von den Personen geschehen, welche im Vordergrund der Wahlbewegung stehen. Das bedingt schon von vornherein die Verständigung der Parteigenossen über die den Wählern zu machenden Vorschläge. Darum haben die gemäßigten Republikaner des Senats und der Deputirtenkammer am 24. Juni eine Versammlung abgehalten, um sich über die Haltung der Partei Angesichts der Wahlen zu verständigen. Das Ergebniß ist nicht gerade besonders aussichtsvoll für die Anhänger der Republik; denn sie verzichten auf die Herstellung der Einigkeit unter den Republikanern, sie sind sich dessen bewußt, daß die Grundsätze der gemäßigten und vorgeschrittenen Republikaner unvereinbar sind, und mit dieser Thatsache rechnen sie. Die gemeinsame Grundlage für alle republikanischen Gruppen kann nach der Ansicht der beiden Blätter „République française" und „Voltaire" nur die Befestigung der Republik sein. Es ist klar, daß damit so gut wie nichts gesagt ist; denn die Republik, welche die Vertreter der äußersten Linken wollen, ist nicht die Staatsform, welche die Mitglieder des republikanischen Vereins anstreben; das Ziel jener ist die Commune oder die Auflösung aller staatlichen Ordnung. Glücklicherweise sind die Feinde von Ruhe und Ordnung in der Minderheit, die gemäßigten Republikaner bilden den Kern der beiden Vertretungskörper, die Gefahr besteht nur darin, daß auch in diesem Lager Zwietracht ausbricht. Um diese hervorzurufen, sind die Monarchisten und die Führer der Extremen stark an der Arbeit. „Figaro" und „Gaulois" haben sich mit großem Eifer der Briefe bemächtigt, in welchen Courbet Regierung und Volksvertretung heftig angreift.

Das ist in der That ein willkommenes Mittel, um Zwietracht in die Reihen der Republikaner zu säen. Courbet war der Mann der Republikaner von der Art Ferry's; die Regierung, welcher dieser Minister den Namen gab, bedurfte der Erfolge, welche Courbet in den chinesischen Gewässern erzielte, um Stimmung für die von ihnen vertretene Sache zu machen. Aber Courbet verachtete die schwankende, muthlose Politik Ferry's, welche es nicht wagte, energisch aufzutreten und China den Krieg zu erklären, weil er fürchtete, durch diesen Schritt sein Portefeuille zu verlieren. Ferry ist der Hauptvertreter der Richtung, welche Gambetta als Führer anerkennt, ihm war die Rolle zugedacht, die Wahlen zu organisiren und, gestützt auf seine Erfolge in der inneren und auswärtigen Politik, die Macht der Opportunisten zu erhöhen. Die Vergeltung für die Fehler, welche er in der tonkinesischen Angelegenheit begangen hat, blieb aber nicht aus; im Begriff, in den Hafen des Friedens einzulaufen, wurde er durch die Hiobspost einer französischen Niederlage in Tonkin gestürzt, und Brisson wurde genöthigt, an die Spitze der Regierung zu treten und dadurch seine geschützte Stellung als Präsident der Deputirtenkammer einem Nachfolger zu überlassen.

Auch Brisson hat es nicht verhindern können, daß seine Regierungshandlungen von seinen Feinden zu seinem Schaden verwerthet wurden. Die Ruhestörungen am 24. Mai auf dem Père Lachaise, die Verwundungen und Verhaftungen sind ihm, und wohl nicht ganz mit Unrecht, zur Last gelegt worden, er und sein Amtsgenosse Allain Targé haben nicht den Grad von Geschicklichkeit gezeigt, welcher nöthig war, um die Fahnenfrage von der Tagesordnung der Kammer fernzuhalten. Die Hochhaltung der nationalen Fahne als des allein bei öffentlichen Kundgebungen zulässigen Zeichens erfolgte zu spät, als daß sie noch den vollen Eindruck hervorrufen konnte. Die Leichenfeier für Victor Hugo ist gleichfalls von den Communisten und Anarchisten zum Nachtheil der gemäßigteren Republikaner ausgebeutet worden, beide haben den todten Dichter als den ihrigen in Anspruch genommen, und es ist der Regierung und den gemäßigten Republikanern nicht gelungen, diesen Anspruch als einen unberechtigten darzuthun. Einen Vortheil haben alle diese Anstrengungen, die Leitung der Wahlbewegung bestimmten Persönlichkeiten aus den Händen zu nehmen, gehabt, und das ist der, daß die persönliche Seite dieser Bewegung dadurch mehr zurückgedrängt erscheint und das Schwergewicht auf die Sache fällt. Weder Ferry, noch Brisson werden in der Lage sein, ihre persönlichen Zwecke bei den Wahlen zur Geltung zu bringen, sondern die Sache der französischen Republik wird als der eigentliche Mittelpunct der Wahlbewegung erscheinen. Das hat Lichtseiten, aber auch Schattenseiten; die letzteren kommen dadurch zum Ausdruck, daß es an einer Person fehlt, welche die gesammte Kraft der republikanischen Parteien im entscheidenden Augenblick zusammenfassen kann.

Es ist überhaupt nicht zu verkennen, daß die Personenfrage in der Entwickelung der staatlichen Verhältnisse stets die Hauptrolle spielt. Ohne Kaiser Wilhelm und Bismarck stände Deutschland nicht auf dem Platze, den es ausfüllt, ohne Thiers, Gambetta und Grevy wäre die französische Republik nicht zu einer festen Institution in Frankreich geworden, ohne Gladstone hätte die Verwirrung in England nicht den heutigen Grad erreicht, und ohne König Alfons, ohne Victor Emanuel und Umberto stünden Spanien und Italien heute nicht auf der Entwickelungsstufe, welche sie erreicht haben.

Frankreich muß die wichtige Veränderung, vor welcher es heute steht, ohne die feste Hand eines allgemein anerkannten Führers durchmachen. Grevy's Amtsdauer läuft am 30. Januar 1886 ab, und gleichzeitig werden die beiden Kammern des französischen Parlaments erneuert, diese Veränderungen nehmen die Gedanken und Empfindungen des französischen Volkes für eine längere Zeit in hervorragender Weise in Anspruch, die politischen Leidenschaften kommen in Bewegung und Hoffnungen werden auf allen Seiten wach, welche nur auf eine Gelegenheit warteten, um aufs Neue hervorzubrechen. Die Sache der Monarchie hat keine Aussicht, die Lage zu ihrem Vortheil zu wenden, die Vertreter derselben entbehren derjenigen Bedeutung und Rührigkeit, welche für den Erfolg unerläßlich sind. Die Namen des Grafen von Paris und des Herzogs von Aumale werden kaum noch genannt, Prinz Plon Plon hat sich in neuerer Zeit, besonders beim Tode Gambetta's, lächerlich gemacht und dadurch jede Anwartschaft auf den französischen Thron verloren. Das Feld gehört gegenwärtig unbestritten den Republikanern. Die einzige Gefahr, welche der Zukunft Frankreichs droht, kommt von den Anhängern der Commune. Die Vertreter dieser Richtung haben in neuester Zeit große Rührigkeit entwickelt und mehr von sich reden gemacht als alle übrigen Parteien Frankreichs zusammengenommen. Rochefort ist augenblicklich der Mann der Lage, wenn auch nicht in dem Sinne, daß er es wagen könnte, die Führerrolle zu übernehmen. Im Ganzen und Großen liegen die Verhältnisse für die Wahlen so, daß sie sich ohne gefährliche Störungen von Ruhe und Ordnung vollziehen werden, wenn nicht Ueberraschungen eintreten, vor denen man in Frankreich niemals sicher ist. Gambetta und Thiers, die beiden Persönlichkeiten, auf welche die öffentliche Aufmerksamkeit als die Männer der Zukunft in Frankreich in erster Linie gerichtet war, sind todt, und von den Ueberlebenden ist Keiner so hervorragend, daß er an ihre Stelle treten könnte. Was die Wahlbewegung bringen wird, ist noch durch den Schleier der Zukunft verhüllt, die Zeit der großen Männer scheint für Frankreich vorüber zu sein.

Leipzig, 27. Juni 1885.

* Seit kurzer Zeit geht wieder eine Streikbewegung durch die deutsche Arbeiterwelt. Größere Arbeitseinstellungen werden da und dort aus verschiedenen Landestheilen gemeldet, die umfassendste ist jedenfalls die allgemeine Arbeitseinstellung der Maurer und Bauhandwerker in Berlin, die nunmehr schon über acht Tage währt und eine Schroffheit angenommen hat, die einen Ausgleich der Gegensätze vorläufig noch nicht voraussehen läßt. Man hat seit mehreren Jahren in Deutschland wenig von größeren Streiks gehört. Im Allgemeinen kann man solche keineswegs als Zeichen schlechter Geschäftszeiten betrachten; es ist vielmehr bekannt und auch ganz natürlich, daß sie in Zeiten guten Geschäftsgangs und einer regen Nachfrage nach Arbeitskräften veranstaltet werden. Indessen wir wollen diese Seite nicht weiter berühren, und es wäre ungerechtfertigt, aus immerhin vereinzelten Vorkommnissen auf die Geschäftslage im Allgemeinen einen Schluß ziehen zu wollen. Wohl aber giebt der Berliner Maurerstreik, einer der größten, die seit langen Jahren vorgekommen, zu mancherlei andern Betrachtungen Anlaß. Die feiernden Berliner Bauhandwerker haben das in der Gewerbeordnung ihnen gewährte Coalitionsrecht, welches ihnen Freiheit zu Verabredungen und Bedingungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit, zusichert, mit äußerster Energie angewandt. Der Streik ist ziemlich vollständig durchgeführt, unter den Tausenden von feiernden Arbeitern finden sich gewiß sehr Viele, die nur mit schwerem Herzen mitmachen, aber dem übermächtigen Druck einer sehr thätigen Agitation und einer vortrefflichen Organisation nicht zu widerstehen vermögen. Niemand wird an diesem Coalitionsrecht rütteln und seine energische Anwendung den Arbeitern verdenken wollen. Indessen schützt die Gewerbeordnung auch die individuelle Freiheit des Arbeiters gegen den Versuch, ihn durch Zwang und Drohungen zum Anschluß an solche Verabredungen zu nöthigen, und es ist nur eine Pflicht der Behörden, einem terroristischen Treiben der Art, wie es thatsächlich in dem Berliner Fall bereits mehrfach vorgekommen ist, mit aller Strenge entgegen zu treten. Eine Anwendung des Socialistengesetzes gegen die Rädelsführer, sofern sich die Bewegung lediglich um eine Lohnfrage dreht, halten wir freilich nicht für zulässig, indessen fehlt es auch anderweitig nicht an Mitteln, Ausschreitungen entgegen zu treten. Man kann es ferner auch den Arbeitgebern nicht verdenken, daß sie, wenn sie sich außer Stande glauben, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, ihrerseits sich mit der durch den Streik geschaffenen Situation abzufinden suchen so gut es geht. Es wird berichtet, sie hätten Vorbereitungen getroffen, fremde, polnische und italienische Arbeitskräfte in großem Umfang heranzuziehen, eine im Zeitalter des Schutzes der nationalen Arbeit gewiß seltsame und unerfreuliche Erscheinung. Aber auch den Fall gesetzt, daß die Arbeitgeber, wozu indessen bis jetzt noch wenig Anhalt vorliegt, nachgeben und in der augenblicklichen Noth- und Drangsage Forderungen bewilligen, die sie für unberechtigt halten und auf die Dauer nicht gewähren zu können glauben. Dann kann der Rückschlag unmöglich ausbleiben. Benutzen die Arbeiter die jetzige Zeit der starken Geschäftsthätigkeit und Arbeitsnachfrage im Baugewerbe, um ihre Forderungen durchzusetzen, so werden die Unternehmer ihrerseits die nachfolgende Zeit stillerer Geschäftsgangs und verminderter Arbeit benutzen, um das jetzt Gewährte wieder rückgängig zu machen. Arbeitseinstellungen von diesem Umfang sind eine außerordentlich gefährliche und zweischneidige Waffe, sie fügen fast unter allen Umständen beiden Theilen unermeßlichen Schaden zu und sollten nur mit größter Scheu und mit vollstem Bedacht aller ihrer möglichen, sowohl vortheilhaften als nachtheiligen Folgen unternommen werden. Der Berliner Maurerstreik hat schon unendlich große wirthschaftliche Verluste zur Folge gehabt und stellt noch höchst bedenkliche Consequenzen in Aussicht, wenn es nicht bald gelingt, ein Einvernehmen herzustellen. Wir wollen hoffen, daß die Möglichkeit einer baldigen Verständigung noch nicht ganz verschwunden ist.

* Man schreibt uns aus Wilhelmshaven, 25. Juni: „Der neuerbaute Stahlaviso „Pfeil" hat heute Munition empfangen und geht am 26. zur Abhaltung seiner ersten Probefahrt in See. Das Artillerieschulschiff „Mars" verbleibt jetzt einige Zeit auf der hiesigen Rhede zur Ausbildung von Lehrpersonal mit Revolverkanonen. — Die Minenübungen der Matrosen-Artillerie auf der Jade haben gestern ihren Anfang genommen. Es sind zu diesem Zwecke 2 Minendrähnen, welche Torpedo, Seeminen, Kabel, Anker rc. enthalten, 2 Dampfer, sogen. Minenleger, und 24 Ruderjollen in Dienst gestellt. Das Minenwesen ist einer der wichtigsten Zweige der deutschen Küstenvertheidigung, und es wird daher auf die Ausbildung des Personals für dieses Fach besonderer Werth gelegt. Die Matrosen-Artillerie hat mit dem Gebrauch der Seeminen eine Sicherheit gewonnen, die mit exercirmäßiger Präcision und in kurzer Zeit eine Reihe schwieriger Handlungen auszuführen ermöglicht, und es werden beständig Vervollkommnungen des Minenmaterials angestellt. Gleichzeitig werden Versuche mit permanenten Torpedobatterien für Fischtorpedos zur Vertheidigung von Häfen und Flußmündungen vorgenommen. — Der Kriegsminister hat sich wieder nach Berlin begeben."

* Auf die bereits auszugsweise mitgetheilte Glückwunsch-Adresse, welche der Verein Deutscher Studenten zu Breslau bei seinem Stiftungsfeste an den Fürsten Reichskanzler anläßlich dessen fünfzigjährigen Dienstjubiläums gerichtet hat, ist von dem Beglückwünschten folgende Antwort einzegangen:

„Kissingen, den 21. Juni 1885.

Eurer Wohlgeboren Schreiben vom 10. d. habe ich mit Dank erhalten und mich gefreut, daß Ihr Verein im Rückblick auf sein nunmehr fünfzehnjähriges Blühen und Gedeihen von den gleicher Gesinnung nationaler Begeisterung getragen wird, wie sie seine Stifter beseelt haben.

Mögen ihre Herren Commilitonen sich diese idealen Traditionen bewahren und bereitst, nach dem Beispiel unseres Kaisers, in der patriotischen Hingabe an das Vaterland ihren Lebensberuf suchen.

v. Bismarck."

* Am 23. Juni waren die Vertreter der nationalliberalen Comités für die Rheinprovinz und Westfalen und des Hagener Ortscomités zusammengetreten, um über den in Hagen, der Hochburg Eugen Richter's, in Aussicht genommenen nationalliberalen Parteitag endgiltig zu berathen. Derselbe soll ein rheinisch-westfälischer werden und wird am 19. Juli stattfinden. Auch die weiteren nöthigen Einzelheiten sind festgesetzt worden. Herr Rechtsanwalt Dr. Schultz, der Vorsitzende des Hagener Ortscomités, wird auch den Vorsitz des Parteitages führen. Herr Dr. Marweg ist Schriftführer und diesem sind außer den übrigen Mitgliedern des Ortscomités seitens des Centralcomités für die Rheinprovinz noch drei in Elberfeld wohnende Mitglieder für die nöthigen Vorbereitungen beigeordnet worden. Der öffentlichen Parteiversammlung wird eine Berathung der Abordnungen der beiden Provinzen vorhergehen.

* * *

* Den Personen, die mit den Verhältnissen der Abgeordneten-Conferenz, welche am 21. d. M. in Wien stattgefunden, genau vertraut sind, wurde der „Allgemeinen Zeitung" aus Wien folgendes mitgetheilt: „Man hatte im vorhinein nicht daran gedacht, die extremsten Richtungen unter einen Hut zu bringen. Die Conferenz hatte blos den Zweck, einen gemeinsamen Boden zu suchen oder ihn vorzubereiten, und dies wird eben die Aufgabe des gewählten Comités sein. Die Herren werden Zeit haben, zwei Monate über die Frage nachzudenken. Sollte der linke Flügel von der „schärferen Tonart" bei seiner Ansicht verharren, so wird man denselben fallen lassen, d. h. der Bildung eines neuen Clubs keine Hindernisse in den Weg legen, keinesfalls sich jedoch von dem rechten Flügel, Chlumecky-Scharschmid, trennen. Der Grund liegt auf der Hand. Der linke Flügel wird eins mit der Opposition gegen das Ministerium und da, wo es sich um Freiheitsfragen handeln wird, sein. Würde man jedoch den rechten Flügel fallen lassen, dann könnte es geschehen, daß der Eine oder der Andere sich absentirte oder einem anderen Club beiträte rc. — die Opposition wird daher nichts an Schärfe verlieren, und die Mitglieder der ehemals Vereinigten Linken werden sich die „Regierungsfähigkeit" wahren."

* Wegen Unterstützung hilfsbedürftiger Seeleute ist zwischen Deutschland und Dänemark ein am 1. f. M. in Kraft tretendes Abkommen geschlossen worden, in welchem unter Anderem Folgendes festgesetzt ist: Wenn ein Seemann eines der vertragschließenden Staaten, nachdem er auf einem Schiffe des anderen Staates gedient hat, in einem dritten Staate, beziehentlich dessen Colonien oder in den Colonien desjenigen Staates, dessen Flagge das Schiff führt, in Folge von Schiffbruch oder aus anderen Gründen in hilfsbedürftigem Zustande zurückbleibt, so soll die Regierung desjenigen Staates, dessen Flagge das Schiff führt, zur Unterstützung dieses Seemannes verpflichtet sein, bis derselbe wieder einen Schiffsdienst oder anderweite Beschäftigung findet, oder bis er nach seinem Heimathsstaate zurückkehrt oder mit dem Tode abgeht. Der betheiligte Seemann hat sich über seine Hilfsbedürftigkeit und deren Ursachen auszuweisen, sowie daß die Hilfsbedürftigkeit sich als die naturgemäße Folge der Beendigung des Dienstverhältnisses an Bord des Schiffes ergiebt, widrigenfalls die Unterstützungspflicht wegfällt. Ausgeschlossen ist diese letztere auch dann, wenn der Seemann Ausreißer oder Ueberläufer oder wegen eines von ihm verübten Verbrechens oder Vergehens vom Schiffe entfernt worden ist, oder wenn er dasselbe wegen Dienstuntauglichkeit in Folge selbstverschuldeter Krankheit oder Verwundung verlassen hat. Die Unterstützung umfaßt den Unterhalt, die Bekleidung, ärztliche Pflege, Arznei und Reisekosten, für den Todesfall auch die Begräbnißkosten.

* Seitdem die radicale Bauernpartei unter Führung des ehemaligen Hypothekenbank-Directors, jetzigen Staatsministers J. Sverdrup Excellenz, zu unbeschränkter Herrschaft in Norwegen gelangt ist, geschehen täglich in diesem Lande Dinge, die man noch vor ein paar Jahren für unmöglich gehalten hätte. Sie treiben einem jeden anständigen Norweger, so schreibt man der „Kölnischen Zeitung" aus Christiania, dem die Ehre und das moralische Ansehen seines Volkes am Herzen liegen, die Schamröthe ins Gesicht. Was in dem Staatswesen Nordamerikas und Frankreichs eine einstimmige Verdammung bei der ganzen civilisirten Welt gefunden hat, die Aemterjagd und der Stellenschacher, das steht dort unter der Dictatur der Herren Sverdrup und Genossen in schönster Blüthe. Da sie einmal die Macht in Händen haben, glauben sie die Zeit gekommen, sich selbst und ihre Anhänger für die bei den langjährigen Wühlereien gehabten Anstrengungen auf Staatskosten anständig belohnen zu müssen, was sie denn auch mit Hilfe der radicalen Bauernmehrheit im Storthing in ausgiebigster Weise thun. Daß ein für den Verkauf verdorbener Heringe und für sonstige Gesetzesüberschreitungen verurtheilter Krämer zum Finanzminister, ein ehemaliger Advocat zum Postmeister, ein offenkundiger Trunkenbold zum Landrichter gemacht wird, ist freilich schon skandalös genug; doch ist man in der kurzen Zeit des radicalen Regiments schon an solche Dinge gewöhnt. Es grenzt aber ans Ungeheuerliche, wenn dieses Belohnungssystem nun auch auf die Besetzung der Professuren an der königlichen Friedrichs-Universität, für welche man früher doch die wissenschaftliche Qualification als allein entscheidend gehalten hat, ausgedehnt wird. Das ist aber durch einen Storthingsbeschluß am 28. Mai geschehen, indem zum Lohn für seine politische Wühlarbeit für einen in der wissenschaftlichen Welt unbekannten Stipendiaten oder Privatdocenten der Universität Namens Helland eine außerordentliche Professur für Geologie mit 4500 Kronen Jahresgehalt geschaffen wurde. Dieselbe wird für das dünnbevölkerte und arme Land von allen Sachverständigen für ganz überflüssig gehalten, zumal der ordentliche Lehrstuhl der Geologie und Mineralogie durch eine in der ganzen Welt anerkannte Autorität wie Professor Kjerulf, Mitglied der Wissenschaftsakademien der meisten europäischen Staaten (auch der preußi-